

Danziger Zeitung.

Nr. 9484.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterha 7gasse No. 4) und aufdrückt bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 Th. 50 H. — Auswärts 5 Th. — Inserate, pro Seite 20 H., nehmen an: in Berlin: H. W. Klemmeyer und Co. Rosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

1875.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. Dez. Die Generalversammlung in der gesetzten Abendstzung die §§ 40 a. und 39 in der Fassung der Kommission, (den letzteren nach längerer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 113 gegen 78 Stimmen), sowie die §§ 44 und 45 ohne Debatte an. Damit ist die erste Lesung des Entwurfs beendet.

Köln, 15. Dez. Die "Kölner Zeitung" meldet: Erzbischof Melchers ist gestern Morgen abgereist und lehrt vorläufig nicht zurück. Die geistlichen Behörden sind mit den nötigen Vollmachten versehen.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 14. Dez. Die heutige "Wiener Abendpost" bezeichnet die Angaben des "Pester Lloyd" über das jüngste Stadium der Verhandlungen zwischen den Cabinetten in Wien, Berlin und Petersburg, betreffend das Vorgehen derselben gegenüber den Ereignissen im Orient, als nicht auf amtlichen Mittheilungen beruhend. Das Blatt fügt hinzu, die Sachlage sei einfach die, daß der Meinungs austausch zwischen den drei Cabinetten zu einer vollkommenen Übereinstimmung geführt habe, in welcher nunmehr die Basis zu weiteren Erörterungen mit den übrigen Großmächten gegeben sei.

Bombay, 14. Dez. Am letzten Sonnabend sind in der Gegend von Lahore und Peshawar heftige Erdstöße vorgekommen, mehrere Personen sind dabei um das Leben gekommen.

Madras, 13. Dez. Der Prinz von Wales ist hier eingetroffen und von einer großen Anzahl indischer Fürsten, sowie einer zahlreichen Volksmenge auf das Glänzendste empfangen worden. Zu Ehren des Prinzen fand ein Galadiner statt, an dem auch der Gouverneur von Pondicherry teilnahm.

Reichstag.

27. Sitzung vom 14. Dezember.

Zweite Beratung derjenigen Abänderungen des Strafgesetzbuchs, welche nicht an die Commission verweisen sind. Es sind dies zunächst die §§ 4 und 5. (Die gesperrten Worte enthalten die Abweichung von den bestehenden Strafgesetzen.)

S. 4. Nach den Strafgesetzen des Deutschen Reichs kann verfolgt werden: 1) ein Ausländer, welcher im Auslande eine hochverräterische Handlung gegen das Deutsche Reich oder einen Bundesstaat, ein Kleinverbrechen, oder gegen einen Deutschen eine Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als Verbrechen oder Vergehen anzusehen ist; 2) ein Deutscher, welcher im Auslande eine Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als Verbrechen oder Vergehen anzusehen ist. Die Verfolgung ist auch zulässig, wenn der Thäter bei Begehung der Handlung noch nicht Deutscher war.

S. 5. Insfern es sich nicht um eines der im § 4 Nr. 1 bezeichneten Verbrechen oder Vergehen handelt, ist im Falle des § 4 Nr. 2 Absatz 2 das ausländische Strafgesetz anzuwenden, soweit dieses milder ist, und bleibt die Verfolgung ausgeschlossen, wenn 1) die Handlung durch die Gesetze des Orts, an welchem sie begangen wurde, nicht mit Strafe bedroht ist; 2) von den Gerichten des Auslandes über die Handlung rechtskräftig erkannt und entweder eine Freisprechung erfolgt oder die ausgesprochene Strafe vollzogen; 3) die Straf-

verfolgung oder die Strafvollstreckung nach den Gesetzen des Auslandes verjährt oder die Strafe erlassen, oder 4) der nach den Gesetzen des Auslandes zur Verfolgbarkeit der Handlung erforderliche Antrag des Verletzen nicht gestellt worden ist."

Bundescommisär v. Amsberg: Die Intention der verbündeten Regierungen geht dahin, in den Fällen, in denen ein Deutscher, welcher im Auslande eine Handlung begangen hat, die nach den Strafgesetzen des Deutschen Reiches als Verbrechen anzusehen ist, das Erfordernis fallen zu lassen, daß die betreffende Handlung nach den Gesetzen des Ortes, wo die Handlung begangen ist, mit Strafe bedroht sei. Die verbündeten Regierungen sind dazu gelangt auf Grund einer Reihe praktischer Erfahrungen. Es ist klar, daß, wenn irgendwo an einem Ort, wo der Slavenhandel nicht mit Strafe bedroht ist, jemand denselben betreibt, er in Deutschland nicht belangt werden kann. Die Reichsregierung ist ermächtigt, deutschen Consuln die Befugnung zu erteilen, Eide mit voller Gültigkeit für das Juzland abzunehmen. Bei einzelnen Gelegenheiten war es nun zweifelhaft, ob, wenn an dem betreffenden Ort nicht die Bestimmung besteht, daß auch ein solcher vor einem auswärtigen Consul abgelegter Eid als wirklicher Eid anzusehen sei, in Deutschland eine Strafe wegen Meineids Platz greifen darf. Auch von deutschen Beamten im Auslande begangene Verbrechen und Vergehen mußten bisher im Juzland völlig straflos bleiben. Hat ein solcher Beamter sich bestechen lassen, so ist nach unserer jetzigen Strafgelegung zweifelhaft, ob er im Juzland belangen werden könnte. Das deutsche Strafgesetzbuch ist in der Bestrafung der von Ausländern im Auslande begangenen Verbrechen im Juzland sehr enge. Es soll daher jetzt auch der im Auslande von Ausländern gegen Deutsche begangene Delikt strafbar sein. In dieser Beziehung hat auch die Praxis eine Reihe von höchst bedenklichen Fällen ergeben. Es sind Fälle vorgekommen, wo Ausländer, welche im Juzland domiciliert sind, Deutsche im Auslande misshandeln haben, und ins Juzland zurückgeführt, nicht verfolgt werden konnten. Dies hat man in weiten Kreisen nicht begreifen können. Außerdem ist es, wenn ein Deutscher im Auslande verlebt wird, unendlich schwer, in vielen Staaten die Strafverfolgung zu erreichen, namentlich auch wegen der damit verknüpften außerordentlich großen Kosten. Es erscheint daher im Interesse der Rechtspflege dringend geboten, über die Grenzen hinauszugehen, die gegenwärtig der deutschen Strafgewalt gezogen sind.

Fürst v. Bismarck: Der Vorredner hat im Wesentlichen die juristische Seite der Sache erörtert, ich erlaube mir, Sie noch mit Beispielen aus der neuesten Zeit zu belegen. Sie bedürfen, um diesen Theil des Gesetzes zu beurtheilen, nicht der Supposition, daß ein Deutscher etwa in wüsten Ländern, in uncivilisierten, da, wo die Strafgerichtsbarkeit überhaupt nicht Sinn hat, verlebt oder ermordet würde, wir haben in civilisierten Ländern doch Vorfälle gesehen, wonach in diesen ein Mord im allgemeinen als straflos betrachtet wurde, sobald er an einem Deutschen verübt wurde. Sie haben bei Aufständen in civilisierten Ländern, wie in Spanien, gefunden, daß Deutsche nicht nur gewaltthätig behandelt, sondern auch in angeblich rechten Formen umgebracht werden. Ich erinnere an den Hauptmann Schmidt. Ich könnte noch andere ähnliche Fälle nahezumachen, die recht deutlich zeigen, daß es für die Sicherheit des Angehörigen des Deutschen Reiches, der sich im Auslande bewegt, wirklich eine wesentliche Verbesserung ist, daß wenn an ihm ein Verbrechen verübt wird, dem Verbrecher doch wenigstens in Deutschland der ungestrafe Aufenthalt nicht gestattet ist. Die Mörder der Leute, auf die ich anspielle, würden sich jetzt unter dem Schutz der deutschen Gesetze ruhig bei uns aufhalten dürfen, sie würden den Angehörigen der Oper ihrer Verbrechen harmlos oder mit Hohn die Erzählung davon machen können, sie würden unantastbar sein. Ich kann nicht leugnen, daß

für mein Gefühl dieser Zustand etwas Verlebendes hat, und Sie werden es mir nicht als eine eigenhümige Hartnäckigkeit anslegen, wenn ich an diesem Sache festhalte und wenn ich die etwaige Ablehnung, die ich immer noch nicht befürchten will, nur als ein Ergebnis eines Mangels an Zeit, der Überlastung der Beratung ansiehe, in welche uns die meines Erachtens sehr üble Zeit der Zusammenberufung des Reichstages gebracht hat (Hört! hört!), so daß ich es lediglich dem Mangel an Zeit zuschreibe würde, wenn Sie dieser wichtigen Materie nicht näher treten wollten.

Abg. Lässer: Der Reichskanzler hat sowohl materiell richtig darauf hingedacht, was in dem jetzigen Gesetz mangelhaft sein kann, wie auch auf die Gründe, aus denen das Haus auch bei gutem Willen auf die §§ 4 und 5 der Vorlage jetzt einzugehen nicht in der Lage ist. Ich habe schon in der General-Discussion darauf hingewiesen, daß ich den Gedanken einer Ergänzung der jetzigen §§ 4 und 5 keineswegs als unrechtmäßig zurückweile, aber auch auf die Schwierigkeiten dieser Punkte und die Unmöglichkeit hingedenkt, die Sache so zu ordnen, wie die Regierungen vorschlagen. In Bezug auf Verbrechen und Vergehen, die in unzivilisierten Gegenden begangen werden, kann mir durch ein Spezialgesetz geholfen werden. Nach der Regierungsvorlage würde der für viele von uns unannehbare Zustand herbeigeführt, daß jede Handlung strafbar wäre, die ein Ausländer gegen einen Deutschen begeht, auch wenn dies im Auslande geschah. Wenn man auf einzelne spezialisierte Verbrechen zurückfiele, so würde vielleicht ein Zustand nicht zu erheben sein, aber es ist unmöglich, diesen Satz zu generalisieren. Eine Auszahl Tabelle sind nur bei uns Vergehen, im Auslande aber nicht. Es wird uns vorschlagen, die Verleitung zur Auswanderung in einer bestimmten Weise, die Verabredung wegen Betriebs bei öffentlichen Auctionen zu bestrafen. Ich erinnere auch an die Strafbestimmungen, die wir bereits jetzt haben, die das preußische Strafgesetzbuch gar nicht gefaßt hat, über das Mutterkinder beim Schuldenschaffen von Minderjährigen. Überall da können wir doch unmöglich Bestimmungen treffen, daß ein Ausländer, der einer solchen Handlung gegen einen Deutschen sich schuldig gemacht hat, strafbar sein soll nach deutschem Gesetz. Das würde den Standpunkt verrücken, denn der Ausländer ist gar nicht verpflichtet, unsere Gesetze zu kennen. Es mögen Mitglieder des Hauses die Regulierung dieser Angelegenheit im Sinne der Vorlage wünschen, es hat sogar ein hervorragendes Mitglied, der Abg. v. Schwarze, eine Zeit lang diese Ansicht wissenschaftlich vertheidigt, es ist dies aber eine der schwierigsten wissenschaftlichen Fragen, die nur unter Durchsicht des ganzen Strafgeuges glücklich gelöst werden kann, und ich glaube ich, daß der Reichskanzler die Gründe der Majorität, wenn sie zur Ablehnung geneigt sein sollte, ganz richtig dahin interpretiert hat, daß der Umstand, daß wir in dieser Sessoin bei Gelegenheit einer Partialrevision die Antwort auf diese Frage geben sollen, uns bestimmt, zu antworten. Einige von uns können diese Bestimmungen nicht so, wie sie vorschlagen sind, annehmen; da sie aber wünschen, den wirklich brennenden und schwierigsten Theil der Novelle zu erleiden, so wollen sie den andern Theil nicht durch eine tiefer eingehende Discussion in die Materie schädigen, die nach der Ansicht vieler vielleicht der meisten im Hause, doch nicht jetzt gelöst werden kann.

Fürst v. Bismarck: Mir scheint es ein Gebot der Würde zu sein, daß der Deutsche dem Ausländer gegen bezüglich aller derjenigen Handlungen ebenfalls geschützt werde, gegen die er nach unseren Gesetzen geschützt ist, wenn sie ihm gegenüber von Landsleuten ausgeübt werden. Warum soll der Ausländer mehr Freiheit haben, sich an einem Deutschen zu vergreifen, als der Italiener, sobald wir nur den Ausländer in den Bereich unserer Gesetzgebung bringen können? Der

Weise, auch mit den bekannten zu bedauernden Mängeln, auf welche Referent nicht immer wieder zurückkommen mag, aber mit sehr schäbiger Sicherheit und dramatisch wirksam, namentlich in dem, auch von Herrn Krenn (Alphonso) tontrisch und schwungvoll durchgeführten italienisch gesährten Duett, das reich applaudiert wurde. Der Daniel Capuzzi des Herrn Bachmann hatte seine möglichst und unmöglich Heiligen wohl im Gedächtnis und wird sich wohl neben seinem wiedergefundenen Weibchen Ritta (Fräulein Baermann), deren Sing- und Spielgeschicklichkeit außer Frage steht, gründlich bestimmt und dem abschaulichen Seerauberleben für immer Valet sagen, während für den armen Glöckner Dandolo, den Herr Polenz heller anregend vorführte, wohl noch eine andere Blume unter den Mädchen seines Ortes blühen mag.

Der Urheber der Explosion in Bremerhaven

Bremen, 14. Dez.

Die Urheberschaft der furchtlichen Katastrophe ist auf den Passagier R. W. Thomas zurückgeführt. Es ist aber nicht, wie zur Ehre der Menschheit allgemein angenommen wurde, ruchloser Leichtsinn, sondern berechnete, kaltblütige Bosheit, die das Werk der Zerstörung angerichtet hat. Thomas hat bekannt, daß er nicht nur Beifahrer des Fasses bes ersten und zweiten Finales nicht robust genug, und es konnte kaum ausbleiben, daß im dritten Act eine sehr fühlbare Ermüdung eintrat, welche der zarten Cavatina: "Ich habe nicht und wende meinen Blick" den Fuß bestehenden Schmelz des Vorstages, da die absolute Reinheit räubte. In dem Duett: "Kannst Du mich in Thränen sehen" war die exaltirt leidenschaftliche Färbung des Gefanges, mit gehobenem Ausdruck der Stimme, recht auffallend. Am meisten gefiel Herr G. mit der sehr populären Arie im zweiten Act, welche die bewährte Routine des Sängers und einen wohl nünzirken, lebendigen Vortrag befandete, ohne indessen die angeführten Stimmbedenken für diese Partie im Allgemeinen aufzuheben. Fr. v. Kigeno sang die Camilla ganz in der an ihr bekannten

Vorredner hat Gewicht daran gelegt, daß seiner Ansicht nach die Strafbarkeit des Ausländer nicht richtig vermessen werden könne. Das ist wieder eine wissenschaftliche Ansicht und ich fürchte, wir kommen vor lauter Wissenschaftlichkeit nicht zum Schluß unserer Landsleute. Mir liegt gar nichts an der Strafe des Verbrechers, sondern mir liegt daran, den Schutz des Deutschen im Auslande so hoch zu steigern dem Ausländer gegenüber, wie wir irgend können, und daß die Herren, die mit dem Vorredner stimmen, das nicht wollen, das habe ich aus der Rede klar ersehen. Einmal werden wir auf die Specialgeleistung verzichten, dann aber auf das Generelle der allgemeinen Revision des ganzen Strafgesetzes. Das ist ja nur eine Form der Ablehnung und die leider zu häufig angewandte Form, in der das Gut des Besten Feind ist, daß man sagt, ich würde wohl der Revision zustimmen, wenn sie recht umfangen wäre, aber das Einzelne kann ich nicht herausgreifen. Der Einwand der Eile, wenn wir nach Weihnachten nicht wieder zusammenkommen sollten, was ich bei der jetzigen Sache doch kaum vermeidbar halte, müßt ich hinnehmen, aber die Uebereilung ist nicht Schuld der verbündeten Regierungen, sie ist Schuld der Verfaßung, nach der unser Budgetjahr zum 1. Januar anfängt. Wir müssen in Folge dessen den Reichstag so berufen, daß er das Budget vor Ablauf des Jahres beabsichtigen kann, und wir müssen dazu den Bundesrat noch ein paar Monate früher berufen als den Reichstag. Erst, wenn Sie uns einmal eine Bewilligung auf $\frac{3}{4}$ Jahre geben werden, oder eine sonstige Form, über den Berfalltag des Budgets hinweg zu kommen, dann wird der Kaiser in der Lage sein, seine Prärogative der Berufung des Reichstags auszuüben zu einer Zeit, wo es für alle bequemer und mehr Zeit zur Beratung erster, tieghender Fragen vorhanden ist.

Abg. v. Minnigerode: Um Missverständnisse zu vermeiden, erkläre ich, daß nur die Geschäftslage uns veranlaßt, unsererseits in eine besondere materielle Discussion nicht einzutreten. Wir werden einfach für die Paragraphen stimmen.

Abg. v. Bemmelsen: Der Reichskanzler wird anerkennen können, daß die Abfertigung nicht ist, dieser und anderen Bestimmungen entgegenzuwirken, sondern dieselben Gründe, welche die Reichsregierung dahin geführt haben, sehr wichtige und nützliche Veränderungen für die Revision des Strafgesetzbuchs, die von einzelnen deutschen Regierungen ausgegangen sind, bis zu einer späteren Revisionsarbeit zurückzustellen, es sind, welche uns bestimmen, in einer juristischen Erörterung nicht einzutreten, sondern auf dasselben uns zu befragen, was in der Vorlage das Dringlichste ist, von dem wir glauben, daß das Bedürfnis in dieser Sessoin befriedigt werden kann. Ich glaube, daß der Reichskanzler in dieser praktischen Beschränkung auf das Nothwendigste eine Uebereinstimmung mit dem Verfahren der Regierungen annehmen wird, daß abgesehen von einigen politischen Paragraphen eine größere Revision vorbehalten wird, bis die Regierungen über eine größere Revisionsarbeit unter einander sich verständigt haben.

Abg. Haniel: Nicht bloß die Kürze der Zeit bestimmt mich eine derartige wichtige Bestimmung nicht in volle Beratung zu nehmen, es ist auch der Mangel in der Durcharbeitung dieser Paragraphen und der Mangel in der Begründung. 1870 haben wir bei Beratung des Norddeutschen Strafgesetzbuchs ausführlich Motive über diesen Gegenstand erhalten, diese Motive und die sogenannte Weltrechtsfragetheorie ausführlich erörtert und gestützt auf die Erfahrungen im preußischen Strafrecht derartige Theorien verworfen. Die Theorie, die man auf Grund zwanzigjähriger Erfahrung dem deutschen Strafgesetzbuch zu Grunde legte, soll jetzt nach 5 Jahren unhalbar sein (Hört! hört!). Ich behaupte, daß, wenn man zu einem derartigen Schlüß von Seiten der verbündeten Regierungen gelangen

Die Kugel sollte Thomas heute Nachmittag aus dem Kopf gezogen werden. Er ist fortwährend bei Bestrafung und weiß über Alles Auskunft zu geben. Thomas liegt in demselben Zimmer mit vielen seiner Opfer. Nachmittags sollte eine zweite Bernehmung stattfinden und diese mag etwa zu dem Gerüche Veranlassung gegeben haben, daß Bremerhaven in größte Aufregung versetzt hat, zu dem Gerüchte, daß nach dem Bekanntwerden Thomas sich noch mehrere solcher Höllen-Maschinen unter den Gütern der "Mosel" befinden. Das Gerücht ist unbegründet. Nach dem, was hier bekannt geworden ist, hat Thomas nur ein Faß hier zu seinem schändlichen Werk vorbereitet. Es war ein kleines Faß vom Böttcher Delverdahl geliefert. In diesem hat er mit Material von einem anderen großen, hier angekauften Fasse zwei Abtheilungen durch eine Scheide hergestellt, in welcher sich ein Loch befand. In der einen Abtheilung hat er vermutlich den Apparat zum Zünden, den er höchst wahrscheinlich bei sich gehabt hat, aufgestellt, die andere mit Dynamit gefüllt. Das nicht benutzte Holz hat sich vorgefunden. Das Faß ist von ihm in das Magazin des Norddeutschen Lloyd geschafft, wo er, wie erwähnt, dessen Warmhaltung empfohlen hat. Der Plan mag dahin gegangen sein, daß der Apparat mit einem Uhrwerk erst die Entzündung bewirken würde, nachdem Thomas in Southampton, wohin er Passagiere genommen, gelandet und die "Mosel" verlassen hatte. Vielleicht sollten auch erst in Southampton die Colli an Bord gebracht werden, durch deren hohe Versicherung er, wenn sie mit dem Schiff verloren gegangen wären, sich bereichern wollte. Anfänglich scheint er den Dampfer "Deutschland" für sein Werk aussehen zu haben; der Apparat zum Zünden soll ihm aber noch gefehlt haben. Das ist in nächsten Worten, was wir über die Urheberschaft der Katastrophe mit einiger Gewissheit mittheilen können.

Die Zahl der Opfer vergrößert sich noch immer. Nach zuverlässiger Mitteilung beträgt sie an Toten und Verwundeten 170. (W.-Z.)

